

rielen.

24.10.85 Hw

Staatliche Giftmülldeponien

Hannover (ut). Das Land Niedersachsen will sich stärker als bisher im Bereich der Sonderabfallbeseitigung engagieren und Endlagerstätten für giftige Chemieabfälle künftig in eigener Regie führen. Dabei orientiert sich Niedersachsen an einem Modell des Landes Bayern.

Becker im Doppel weiter

Harke 30.10.85

Kosten für Deponiesanierung will das Land voll übernehmen

Schlotmann: Auch Aufsichtspflicht wird dem Landkreis genommen

Nienburg (dil). Das Land Niedersachsen will nun die Zuständigkeit für die Aufsicht über die Sondermülldeponie Münchehagen vom Landkreis Nienburg übernehmen und auch die Kosten für die Sanierung derselben tragen. Nienburgs CDU-Landtagsabgeordneter Axel Schlotmann sieht hierin einen Kreistagsbeschluss vom 10.11.1982 durchgesetzt.

Die CDU-Kreistagsfraktion, Landrat Helmut Rode, der Landtagsabgeordnete Ferdinand Kruse und er selbst haben zur Durchsetzung dieses Kreistagsbeschlusses Gespräche mit dem niedersächsischen Innenminister, dem Landwirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten geführt, sagt Schlotmann.

Landwirtschaftsminister Gerhard Glup habe nunmehr erklärt, daß die Zuständigkeit für die Deponieüberwachung auf Landesebene übergeht. Schon vor einem Jahr habe der Innenminister, so Schlotmann, mitgeteilt, daß das Land alle Haftungsansprüche übernimmt. Ferner müsse das Land die Kosten für die Sanierung der Deponie übernehmen. Das werde die CDU-Mehrheitsfraktion durchsetzen.

Ferner weist Schlotmann darauf hin, daß Bund und Land bereits jetzt 1,3 Millionen Mark ausgeben, um die Altdeponie zu untersuchen. Diese Untersuchung sei nötig, da eine Sanierung vorher nicht möglich ist.

Ministerpräsident Ernst Albrecht hat, so Schlotmann, mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sofort mit einer Sanierung begonnen würde, wenn man ihm mitteile, was sich in der Deponie befindet und garantiere, daß die Sicherheit der dort Arbeitenden gewährleistet ist. Dieses mache die jetzt laufende Untersuchung notwendig. (Siehe auch Bericht auf Seite Politik 1)

WELTSPARTAG

Mit unserem Sparprogramm kommen Sie zügig ans Ziel Ihrer Wünsche!

Nehmen Sie sich etwas vor und sparen Sie bei uns.

Wir lassen Ihr Geld wachsen, damit Sie sich immer mehr leisten können.

v x Volksbanken des Kreises Nienburg

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Niedersachsen will Sondermüll in eigener Anlage vernichten

Land investiert 70 Millionen DM in Hochtemperaturofen

Hanke/30.10.85

Eigener Bericht

ut. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung hat sich entschlossen, die Beseitigung giftigen Industiemülls in eigene Regie zu übernehmen. Ministerpräsident Albrecht kündigte am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Hannover an, die Landesregierung werde für den Bau einer eigenen Hochtemperaturverbrennungsanlage für Chemiemüll 70 Millionen DM investieren. Ein Standort für den Ofen wurde noch nicht genannt.

Der Bau der geplanten Hochtemperaturverbrennungsanlage hat in dem von Albrecht vorgestellten Konzept der Sondermüllbeseitigung zentrale Bedeutung. Der Ministerpräsident sagte, Zielvorstellung sei, alles zu verbrennen, was verbrannt werden kann. Nichts sei wichtiger, als in Niedersachsen eine solche Verbrennungsanlage zu schaffen. Die Sonderabfälle sollten darin bei Temperaturen von über 1500 Grad verbrannt werden. Auch von Dioxinen bleibe dann keine Spur mehr übrig, sagte der Ministerpräsident. In der Bundesrepublik gibt es nur bei Bayer in Leverkusen eine größere Verbrennungsanlage, die diese Temperaturen erreichen kann.

Albrecht führte weiter aus, alle Stoffe, die völlig wasserunlöslich seien, sollten weiter in Tongruben gelagert werden. Die Chemieabfälle, die weder verbrannt noch in Tongruben eingelagert werden könnten, sollten in Salzstöcken deponiert werden. Albrecht begründete die beabsichtigte Neuorganisation mit der Bemerkung, er oder eine spätere Nachfolgeregierung wolle durch die Sondermüllbeseitigung nicht in eine „problematische Situation reinkommen“.

Ministerpräsident Albrecht teilte auf der Pressekonferenz in Hannover mit, daß eine Kontrollmessung die vor einer Woche bekannt gewordenen Dioxinfunde in einer ölhaltigen Flüssigkeit, die aus dem Polder IV in Münchehagen ausgelaufen war, bestätigt habe. Es handele sich dabei um Seveso-Dioxin, sagte Albrecht, allerdings in einer etwas niedrigeren Menge, als sie bei der ersten Untersuchung gefunden worden sei. In der ersten Probe aus Münchehagen, die das Ludwigshafener Kuhlmann-Institut analysiert hatte, war die extrem hohe Konzentration von 1125 Mikrogramm Seve-

so-Gift (2,3,7,8-TCDD) pro Kilogramm gefunden worden.

Albrecht ging dann auf das Problem der Sanierung der inzwischen geschlossenen Sondermülldeponie in Münchehagen ein. Er sagte, man werde die Situation dort sorgfältig beobachten. Die gewaltigen Tonschichten in Münchehagen böten für viele Jahrzehnte die Sicherheit, daß die dort eingelagerten Stoffe nicht in die Biosphäre hineingelangen. Man müsse sich jedoch auch auf diese Möglichkeit vorbereiten. Albrecht sprach sich dafür aus, daß die gesamte Deponie auf ihre Inhaltsstoffe untersucht werden soll. Die Kosten der Sanierung für die Deponie seien nicht abzuschätzen.

Albrecht übte dann indirekt Kritik an der bisherigen Genehmigungspraxis für Sondermülldeponien durch die Behörden. Er räumte ein, daß die von den Behörden geforderten Sicherheitsleistungen, die die Betreiber der Deponien beim Land hinterlegen müssen, im Notfall nicht ausreichen. Erst vor wenigen Wochen hatte die Bezirksregierung Hannover von der Dr. Dr. Anton Maier AG (Uetze) für ihre Deponieerweiterung in Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) eine Sicherheitsrücklage von nur zwei Millionen Mark gefordert.

Albrecht sagte im Hinblick auf die Deponie Münchehagen, das Land könne es nicht hinnehmen, wenn Privatfirmen die Sondermüllbeseitigung übernehmen, dann aber nicht über das nötige Kapital verfügen, um notwendige Sanierungsmaßnahmen auszuführen. „Dann machen wir das lieber gleich selber“, sagte Albrecht.

Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Landesregierung die Absicht zu Verhandlungen mit der Dr. Dr. Anton Maier AG über die Deponie Hoheneggelsen habe.

Harke 30.10.85

30.10.85 Harke

Kehrtwendung

ut. – Seit Dienstag stimmt in Niedersachsen nicht mehr, was noch wenige Tage vorher im Bereich der Giftmüllbeseitigung unbedingt Gültigkeit besessen hatte. Ministerpräsident Albrecht hat eine Kehrtwendung vollzogen, wie sie vollständiger nicht ausfallen konnte: Das Land wird sich künftig selbst direkt um die Beseitigung der gefährlichsten Hypothek moderner Industriegesellschaften kümmern und chemische Abfälle in eigenen Gruben einlagern oder in einem Hochtemperaturofen verbrennen.

Albrecht hat das Prinzip der privatwirtschaftlich betriebenen Sondermüllbeseitigung aufgegeben, dem er noch vor Jahresfrist wie kein zweiter Chef einer bundesdeutschen Landesregierung angehangen hatte. Nach der Pleite des Unternehmens, das in Münchehagen bei Nienburg die Giftmüllgruben erst gewinnbringend vollkippte, sich dann aber vor den horrenden Kosten der Sanierung des Geländes in den Konkurs rettete, hat Albrecht akzeptieren müssen, daß das Land bei der heiklen Aufgabe der sicheren Beseitigung des Giftmülls selbst gefordert ist. Die Millionenbeträge zur Sicherung der Giftgruben muß das Land ja ohnehin zahlen, wenn den Betreibergesellschaften die Luft ausgegangen ist.

Die Opposition wirft Albrecht vor, sein Sondermüllkonzept viel zu spät umgestellt zu haben. Dem Ministerpräsidenten kann das gleich sein. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Dioxinfunde in Münchehagen hat er die Initiative übernommen und legt einen vernünftigen Plan vor, wie mit den Chemieabfällen in Niedersachsen verantwortungsvoll umgegangen werden soll. Albrecht hat sein umweltpolitisches Gewissen damit reingewaschen – Dioxin, Münchehagen, Hoheneggelsen werden im Landtagswahlkampf kaum noch eine Rolle spielen.

Lesermeinung . . .

Leserbriefe geben nicht immer auch die Meinung der Redaktion wieder, die sich Veröffentlichung und einwirkende Kürzungen vorbehält.

Zuschrift auf den Bericht „Kein Grund zum Triumph“ über die Deponie Münchehagen vom 26. Oktober.

Sondermüll geht uns alle an

Wenn zum Beispiel beim Heizöl anliefern durch irgendein Versehen Heizöl ausläuft oder bei der Bundesbahn ein Waggon mit Chemikalien aus den Schienen springt und teilweise ausläuft, muß sofort ausgebaggert werden, und der verseuchte Boden muß zu einer Sondermülldeponie. Keine Gemeinde will aber so eine Deponie haben! Wohin nun mit dem Zeug? Wohin mit den Industrieabfällen, die Arbeitsplätze schaffen und auch erhalten?

Das nur einmal zum Nachdenken. Daß die Sicherheit unserer Umwelt nicht in Gefahr kommen darf, ist wichtig, und hier muß aufgrund der veränderten Strukturen unserer Industrie aufgepaßt und überwacht werden. Jeder Bürger hat hier Mitverantwortung zu tragen. Nur, daß ausgerechnet die SPD jetzt versucht, hier politisches Kapital zu schlagen, ist gefährlich! Die Grünen waren vor zehn und 15 Jahren noch nicht in der Verantwortung, aber in Bremen, Hamburg und Westfalen, wo diese ganzen Abfälle doch hergekommen sind, standen SPD-Politiker in der Verantwortung, und diese wußten doch sicher von den Abtransporten nach Niedersachsen und haben diesen Transporten eventuell sogar zugestimmt. Sie haben geschwiegen, weil sie die Flugasche und die vielen anderen Abfälle loswerden wollten, und diese Leute müßte man mit zur Rechenschaft ziehen.

Ich betone dies, weil der Artikel von Frau Tewes zeigt, daß man hier leicht dazu neigt, voreilig die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben! Dieses Problem geht uns alle an!

Heinz Büsching, Raddestorf-Halle

Gegendarstellung des Landkreises zum Dioxin-Fund vom Montag:

Offene Fragen

Die von der HARKE abgedruckte Gegendarstellung am 26.10. von Herrn Dr. Wiesbrock zum Kommentar der Ausgabe vom 26./27.10. läßt Fragen offen, deren Beantwortung ich in der Gegendarstellung vermisse. Man muß feststellen, daß die vereinbarten Sicherheitsauflagen, unter denen der Vertrag zwischen dem Wasserverband „Am Sandkamp“ und dem Kreis überhaupt erst zustande gekommen ist, nicht eingehalten worden sind: Nicht der Verdacht auf Dioxin hat den „sofortigen“ Stopp des Wassertransportes nach Lemke ausgelöst, sondern erst die Bestätigung des Verdachts. In dieser Zeit wurde also weiter das Wasser nach Lemke transportiert.

Also muß – trotz „Gegendarstellung“ – der Vorwurf der Verschleppung und der Gefährdung von Mensch und Tier in der Wesermarsch an die Kreisverwaltung nicht nur aufrecht erhalten bleiben, sondern diese auch zur Verantwortung gezogen werden.

Michael Preuße, Marklohe

Münchehagen: Das Leben mit dem Gift

Von KLAUS UCKROW

Münchehagen, 30. Oktober

Die Deponie Münchehagen ist verwaist. Nur wenige Vögel trauen sich aus dem angrenzenden Wald auf das strauchlose Gelände. Hinter Maschen- drahtzäunen stehen grüne Baracken. Auf eine Wand wurde mit weißer Farbe gesprüht: „Gift raus!“ – Protest der ver-

äugstigten Anwohner der umstrittenen Deponie.

„Angst vor dem Gift haben alle,“ weiß die Wirtin der Gaststätte „Zum Anker“ in Münchehagen.

Der Sprecher der Bürgerinitiative, Heinrich Bredemeier, bezichtigte Landwirtschaftsminister Gerhard Klup der Lüge: „Die Deponie soll angeblich un-

durchlässig sein. Das gefährliche Seveso-Gift Dioxin dringt aber in alle Polder der Deponie, vermutlich auch ins Grundwasser.“

Davor fürchten sich die Münchehagener am meisten. Viele sind noch auf eigene Brunnen angewiesen. Gerüchte gehen um, daß schon vier Menschen krank wurden, Kühe verendeten. Thomas Meyer (22) weiß:

„Da ist irgendwas. Ein Freund hat auf der Deponie gearbeitet. Der hat mir gesagt, daß da alles mögliche vergraben wurde. Doch alle Arbeiter wurden zum Schweigen verpflichtet.“

Besitzer Gustav Schumacher (67): „Wenn das stimmt, was alles in der Zeitung steht, dann müssen wir hier noch alle weggehen.“



Die Deponie Münchehagen. Das Betreten ist streng verboten.

Fotos: Lucas

Albrecht: Giftmüll verbrennen

be. Hannover, 30. Oktober

Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht will jetzt mit den Problemen bei der Sondermüll-Beseitigung aufräumen. Er kündigte an:

• Das Land wird 70 Millionen Mark für den Bau einer

Hochtemperatur-Verbrennungsanlage bereitstellen.

• Nicht verbrennbare und wasserlösliche Sonderabfälle sollen in einem Satzstock gelagert werden.

• Das Land verhandelt auch mit den Betreibern der

Sondermülldeponie Hoheneggelsen über eine Kapitalspritze für die Erweiterung.“

Die Grünen: Der Untersuchungsbericht „Sondermüll“ soll sich nur noch mit Münchehagen und Hoheneggelsen beschäftigen.

Gustav Schumacher (67)



Thomas Meyer (22)